

Beitrag zur öffentlichen Vorberatung im Planungsausschuss am 7. November 2019 Verkauf des Grundstücks an die Projektgesellschaft von Amazon – Christoph Joachim

Ich spreche für die die Vorlage befürwortenden Mitglieder der Fraktion.

Für die Forschung an der „Künstlichen Intelligenz“ (KI) und dem maschinellen Lernen hat die Landesregierung die Cyber Valley-Initiative Tübingen-Stuttgart zusammen mit den Universitäten, dem Max-Planck-Institut und industriellen Partnern gegründet.

Einer der wichtigsten europäischen Standorte dieser wegweisenden, viele Bereiche betreffenden Wissenschaft ist inzwischen Tübingen, besonders durch das Max-Planck-Institut für intelligente Systeme.

Mit dem Reizwort „Amazon“ kommt das Cyber Valley nun in eine kontroverse Diskussion:

„Amazon Ante portas“ lautete ein Mittwochspalte--Artikel unserer Fraktion, veröffentlicht im Schwäbischen Tagblatt am 27. Dezember 2017. Dort verlangten wir eine transparente offene Diskussion bevor Entscheidungen fallen. Wir haben das kommen sehen, dass sich in Tübingen berechtigt Widerstand gegen die Ansiedlung einer Firma mit dermaßen schlechtem Image formiert.

Der Gemeinderat hat inzwischen mit Mehrheit dafür gestimmt, dass Amazon bis jetzt eine Option auf ein Grundstück erhält. Wir hatten unterschiedlich votiert. Ich kann die gesamte Bandbreite unseres Abstimmungsverhaltens gut verstehen.

Die Fraktion AL/Grüne hat damals einen Antrag initiiert, der in der gemeinsamen interfraktionellen Erklärung mündete: „Der Gemeinderat der Universitätsstadt Tübingen begrüßt die Absicht der Universität und des Max-Planck-Instituts für intelligente Systeme, im Dialog mit der Zivilgesellschaft und weiteren Akteuren aus dem Bereich der Ethik ein ethisches Leitbild zu entwickeln. Er nimmt zur Kenntnis, dass hierzu bereits Gespräche zwischen Universität, MPI für IS und dem Land sowie den weiteren Cyber Valley- Partnern geführt werden. Ziel muss eine überprüfbare Selbstverpflichtung sein, woran und mit welchem Ziel im Cyber Valley geforscht wird und woran nicht.“

„Sollte bis zum Herbst nichts Habhaftes vorliegen, werden wir voraussichtlich mehrheitlich die Ablehnung des Verkaufs des Grundstücks zur Nutzung durch Amazon vorschlagen“, so meine Stellungnahme damals. Heute meine ich zusammen mit den Befürwortenden eines Verkaufs aus unserer Fraktion, ist es uns gemeinsam gelungen, mit dem Ethikrat ein hochkarätig besetztes Gremium zu etablieren, dessen Mitglieder sich nicht vorwerfen lassen werden, nur als Feigenblatt zu dienen. Von Tübingen, als einer der wichtigsten Forschungsstandorte weltweit, kann damit vielleicht eine positive Wirkung auf das Gebaren von Konzernen wie Amazon ausgehen.

Die Fraktion AL/Grüne sieht die Notwendigkeit einer eigenen, Europäischen Forschung zur sogenannten Künstlichen Intelligenz. Maschinelles Lernen bleibt von Menschen programmiert und muss sich an ethische Grundregeln halten. Die Chancen, mittels KI bessere Möglichkeiten zur Bewältigung drängender Probleme der Menschheit zu finden, können nicht allein durch US- Amerikanische oder chinesische Lizenzprodukte bei uns gewahrt werden. Individualisierte Medizin, effizientere Nutzung von Ressourcen, verbesserte Sicherheit bei der Steuerung von Fahrzeugen usw. usw. können als Ergebnisse erwartet werden. Und wir stehen beim Ersatz von vielen Arbeitsplätzen durch die Dämmerung bei der Autoindustrie und dem Verbrennungsmotor vor großen Herausforderungen, die unser soziales Zusammenleben und die Demokratie bedrohen werden, wenn wir nicht den Weg für die Arbeit der Zukunft finden. Nicht nur Bosch streicht Stellen und hat harte Sparmaßnahmen angekündigt. Allerdings nicht in Tübingen. Hier möchte Bosch 100 Millionen investieren. Was sagt uns das?

Tübingen mit der vom Land finanzierten Universität steht für die Suche nach Arbeitsmöglichkeiten der Zukunft in einer hohen moralischen Verantwortung. Deshalb benötigen wir optimale Bedingungen für die Forschung. Diese gibt es heute leider nur im Zusammenspiel mit „Playern“

wie Amazon. Porsche, Daimler und BMW reichen nicht, um international die besten Köpfe nach Tübingen zu holen.

Uns wurde durch maßgebliche Tübinger Forscher, teils sogar aus unseren eigenen Reihen erläutert, Player wie Google, Amazon, Facebook etc. seien wichtig, um Spitzenforscherinnen und Doktorandinnen ein attraktives Umfeld zu bieten. Sonst kämen die nicht hierher. So weit, so schlecht.

Andererseits sind Firmen wie Amazon denkbar schlecht beleumundet, wie verschiedene Dokumentationen zeigen. Der stationäre Handel leidet unter der Firma. Die im Service beschäftigten Mitarbeitenden werden, wenn auch im Einklang mit europäischem Recht, nicht fair behandelt. Wenn wir das Grundstück nicht an die Projektgesellschaft verkaufen ändert sich daran leider gar nichts. Für den Forschungsverbund des Cyber Valley wäre es aber ein herber Schlag. Die Spitzenstellung könnte nicht gehalten werden. Tübingen würde allerdings vordergründig eine weiße Weste behalten aber seiner Verantwortung nicht gerecht werden, als Stadt der Universität, der Ethik und der Wissenschaft.

Im Widerspruch zum Protest steht die verbreitete freiwillige Freigabe von intimen persönlichen Daten über Produkte wie Amazons sogenannter Alexa. Wir empfehlen, diese Dinge nicht zu nutzen und den Kauf beim örtlichen Einzelhandel.

Wir erwarten, dass von Tübingen für die Ethikdebatte in Wissenschaft und Wirtschaft im Zusammenhang mit der Diskussion zu Ki, Cyber Valley und Amazon brauchbare Impulse ausgehen, die über den Tag hinaus Wirkungen entfalten und die Menschen vor negativen Begleiterscheinungen der KI schützen helfen.

Wenn das nicht gelingt, werden künftig chinesische und US-amerikanische Regeln in Europa gelten. Hoffnung gibt uns der Erfolg Europas bei der Datenschutz Grundverordnung. Auch die internationalen Großkonzerne müssen sich daran halten.

Die Sensibilisierung für diese Themen ist bereits jetzt gelungen. Die Lehre ist: Nur mit absoluter Transparenz lassen sich derlei Projekte aufs Gleis bringen. Das haben wir von der Fraktion AL/Grüne vor anderen so kommen sehen. Zumal in einer Stadt mit einer außerordentlich interessierten und wachen Bürgerschaft. Wir hoffen deshalb auf Ihr Verständnis für unser Abstimmungsverhalten. Unbeschadet wie jedes einzelne Mitglied der Fraktion AL/Grüne abstimmt: Wir haben gut überlegt. Verantwortung für Tübingen, aber auch über Tübingen hinaus zu übernehmen, liegt der jeweiligen Entscheidung zu Grunde.

Der Ortsbeirat Nord hat mehrheitlich, auch mit unserer Vertretung, dagegen votiert. Wir werden mehrheitlich zustimmen.

Susanne Bächer wird für die der Beschlussvorlage nicht folgenden Mitglieder der Fraktion AL/Grüne sprechen.

Christoph Joachim

Fraktion AL/Grüne, Tübingen, 7. November 2019